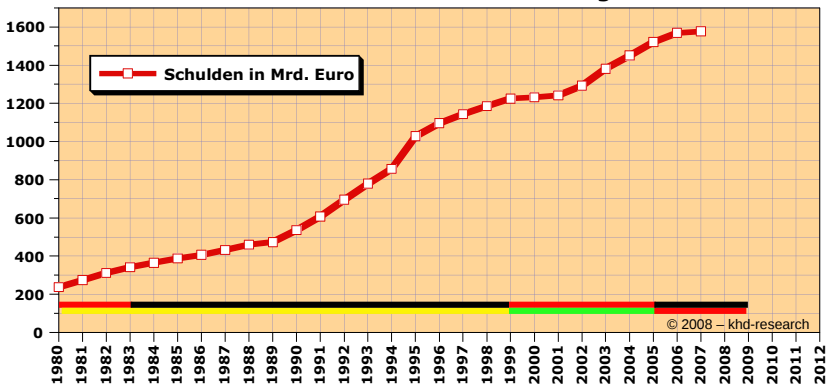


„Nach uns die Sintflut . . .“

Notruf der Rechnungshöfe / Massive Kritik an unsolider Finanzpolitik in Bund und Ländern

Das Anwachsen der Staatsverschuldung seit 1980



▲ **Staatsverschuldung Deutschlands.** In nur gut 25 Jahren stieg die Verschuldung seit 1980 von rund 250 Mrd. Euro auf fast 1600 Mrd. Euro. Mit dem Farbband sind die jeweils regierenden Koalitionen angegeben. (Grafik: siehe Inset – khd-research)

BONN – 7.5.2004 (khk/info-radio). Heute ist etwas passiert, was es hierzulande noch nie gegeben hat. Die in Bonn versammelten Präsidenten der deutschen Rechnungshöfe schlugen Alarm wegen der ausufernden Staatsverschuldung in Bund und Ländern. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte habe mit 1,3 Billionen Euro (das sind 1.300.000.000.000 Euro) „bedrohliche Ausmaße“ angenommen, heißt es in einem heute in Bonn veröffentlichten Memorandum aller Rechnungshofpräsidenten. [04]

Im Mittel entfalle derzeit auf jeden Deutschen eine Schuldenlast von rund 16.000 Euro. Das Defizit der öffentlichen Etats sei 2003 mit rund 82 Milliarden Euro so hoch gewesen wie nie zuvor. Die Rechnungshöfe be-

trachteten diese Entwicklung „mit höchster Sorge“. Die Verschuldung des Staates habe einen Stand erreicht, der Gestaltungsspielräume immer mehr einschränke. Es stünden keine Mittel mehr für zukunftsrelevante Aufgaben zur Verfügung, beklagen die Rechnungshöfe in dem Papier. Schuld sei ein unseriöser Umgang mit den öffentlichen Finanzen. Der Bund und die

überwiegende Zahl der Länder hätten inzwischen das Ziel aufgegeben, mittelfristig einen ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen.

Stattdessen sei bei der Aufstellung von Haushal-

ten „*Tricksen, Täuschen und Tarnen*“ durchaus nicht unüblich. Um die grundgesetzliche Schuldengrenze (Nettokredit-

„Es ist die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns nach dem Handels-Gesetzbuch, die wir einfordern.“

Niedersachsens Rechnungshof-Präsidentin Martha Jansen

aufnahme darf nach Artikel 115 die Summe der Investitionen nicht übersteigen) zu umgehen, werde der Begriff der Investition immer weiter ausgedehnt. „Der Artikel 115 hat schlicht und einfach versagt“, sagte der Präsident des Bundesrechnungshofs, Dieter Engels, bei der Präsentation des Memorandums.

Die vereinigten Rechnungshöfe fordern die Politiker zu einer insgesamt realitätsnäherer Planung auf. Es sei einfach nicht akzeptabel, daß Haushaltspläne schon kurz nach ihrer Verabschiedung riesige Löcher aufwiesen. Haushaltsrisiken dürften nicht verdrängt, Chancen nicht überzeichnet werden. Zudem fordern die Rechnungshöfe weitere Kürzungen staatlicher Leistungen, aber auch eine Konzentration staatlicher Tätigkeit auf wesentliche Kern-Aufgaben sowie mehr Effizienz in der Verwaltung. Letztlich aber hänge alles daran, nicht mehr auszugeben als eingenommen werden kann. In der Finanzpolitik haben wir kein Erkenntnisproblem – wir haben aber ein Umsetzungsproblem, sagte die amtierende Konferenz-Vorsitzende Martha Jansen. „*Es ist die Sorgfalt des ordentlichen Kaufmanns nach dem Handels-Gesetzbuch, die wir einfordern.*“

Staat muß immer mehr Zinsen zahlen – denn er tilgt nicht

BERLIN – 10.5.2004 (khd). Etwas Staatsverschuldung wäre ja vielleicht gar nicht so schlimm. Daß aber der Staat bislang *niemals* einen Teil seiner Schulden getilgt hat – nur immer umgeschuldet hat –, ist fatal wg. der dadurch ständig steigenden Zinsbelastung für die öffentlichen Haushalte. Denn irgendwann werden bei

dieser Methode die Schuldzinsen die gesamten Steuereinnahmen auffressen. Jeder Häusle-Bauer zahlt neben den Zinsen auch einen Tilgungsbetrag, so daß nach der vereinbarten Laufzeit der für den Hausbau gewährte Kredit vollständig zurückgezahlt ist. Ähnlich diziplinierende Regelungen sieht aber unsere Verfassung (Artikel 115 GG) nicht vor. Und so werden heute öffentliche Haushalte in Bund und Ländern allzuoft durch Kredite finanziert – ganz nach der Devise „Nach uns die Sintflut“.

Wir erinnern uns: Die Bundesregierung wollte bis 2006 durch Sparen und Mehreinnahmen die jährliche Neuverschuldung schrittweise senken. Im Jahr 2006 sollte erstmals der Bundeshaushalt *ohne neue* Schulden auskommen. Danach sollte dann endlich damit begonnen werden, mit Haushaltsüberschüssen den seit 1955 riesig aufgetürmten Schuldenberg (aktueller Stand: 1354 Mrd. Euro) durch Tilgung abzutragen. Daraus wird nun nichts. Denn die aktuell – trotz „Agenda 20 10“ – sich auftuenden Haushaltslöcher können wohl nur durch neues Geldborgen bei den Betuchteren gestopft werden [Ed: hm, ist das Zinsenzahlen nicht auch eine Art von Subvention?]. Die Staatsverschuldung und damit die enorme Zinsbelastung der Haushalte steigt also weiter an (1980: 15 Mrd. Euro, 1990: 33 Mrd. Euro, 2002: 66 Mrd. Euro, 2006: 100 Mrd. Euro?) – egal wer regiert. Wann nun eine Bundesregierung beginnt, den Schuldenberg abzutragen, steht in den Sternen. [10][11]

„In Anbetracht der kommenden Steuerschätzung kann ich einen weiteren Verstoß gegen den Maas-tricht-Stabilitätspakt nicht ausschließen.“

So sieht Bundesfinanzminister Eichel die Lage angesichts der geschätzten Steuerausfälle in der Süddeutschen Zeitung vom 8.5.2004.

Die Schätzung ergab am 13.5.2004, daß 2004/05 rund 25 Mrd. Euro fehlen.

Mehr zu diesem Thema:

- [01] [D. Meyer: Die Schuldenfalle – Untersuchung der Staatsverschuldung 1965–2025]
URL: <http://www.staatsverschuldung-schuldenfalle.de/>
- [02] [Klaus Först: Infos zur Staatsverschuldung] [Initiative Staatsverschuldung senken]
URL: <http://www.staatsverschuldung.de/>
URL: <http://www.staatsverschuldung-senken.de/>
- [03] [06.05.2004: Schuldenkrise – Angst vor dem Radikalprogramm] (SPIEGEL)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,298698,00.html>
- [04] [07.05.2004: Memorandum der Rechnungshof-Präsidenten zum Stop der Staatsverschuldung]
URL: http://www.khd-research.net/Docs/RH-Memo_Staatsversch_2004.pdf
- [05] [07.05.2004: Rechnungshöfe attackieren Eichel und Kollegen] (SPIEGEL)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,298854,00.html>
- [06] [08.05.2004: Steuerschätzung – Eichels schön-schaurige Zahlen] (SPIEGEL)
URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,299029,00.html>
- [07] [13.05.2004: Wie Finn, Schweden und Dänemark ihren Staatshaushalt saniert haben] (DIE ZEIT)
URL: http://www.zeit.de/2004/21/Beispiel_And_L_8ander
- [08] [01.06.2004: Eichel will nun Zockerpapiere ausgeben] (SPIEGEL)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,302317,00.html>
- [09] [07.07.2004: Bundesrechnungshof attackiert Eichel] (SPIEGEL)
URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,307623,00.html>
- [10] [15.09.2008: Und die Finanzkrise geht weiter] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_069.pdf
- [11] [10.11.2008: Finanzkrise wird zur Weltwirtschaftskrise] (khd-research)
URL: http://www.khd-research.net/Pub/PM_070.pdf

Das Hauptportal des „khd-research.net“ ist im Internet erreichbar unter der Adresse: <http://www.khd-research.net/>.

Erscheinungsorte sind San José (USA) oder Toronto (Canada). Herausgeber der Publikationen ist: Dipl.-Ing. K.-H. Dittberner, Berlin. Es gilt der Disclaimer.

Der hier im PDF-Format präsentierte Haupt-Artikel wurde erstmals in der Nr. 313 der Ausgabe der »khd-Page« vom 9. Mai 2004 veröffentlicht. Alle im Text unterstrichenen Begriffe sind im Original (im Internet) mit Links (Verweisen) versehen, die zu weiterführenden Informationen im Weltwissensnetz führen.

Die Artikel-Archivierung ist unter folgendem Pfad (URL) erfolgt: <http://www.khd-research.net/Welcome/News09.html#3>.